

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
VI / 1999

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1998
- MUSICA PRO PACE 1998
- BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:  
ZUSAMMENPRALL DER KULTUREN IM  
ZEICHEN DER GLOBALISIERUNG?

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

# Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial . . . . .	9

## I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1998

Udo Steinbach, Hamburg <i>Islam und der Westen. Zukunft im Zeichen friedlichen Zusammenlebens?</i> . . . . .	15
---	----

Rita Süssmuth, Bonn <i>150 Jahre nach 1848 – Herausforderungen für die parlamentarische Demokratie</i> . . . . .	37
---	----

Podiumsdiskussion <i>Angst vor dem Fremden: Die ›Einheimischen‹ und die ›Anderen‹</i> Cornelie Sonntag-Wolgast, Günther Beckstein, Cem Özdemir, Peter Graf . . . . .	49
---	----

Wilhelm Heitmeyer, Bielefeld <i>Freigesetzte Gewalt – Sozialisation zwischen Desintegration und Nutzenkalkül</i> . . . . .	67
---	----

Dieter Chenaux-Repond, Bonn <i>»Europa sieht Deutschland«: Hat der Westfälische Friede das Europa von heute vorgeprägt?</i> . . . . .	79
--	----

Podiumsdiskussion <i>Kritischer Dialog oder Konfrontation mit islamistischen Staaten und Bewegungen?</i> Henry Kissinger, Johannes Rau, Sabine Christiansen . . . . .	89
---	----

<i>»Ist die Integration von türkischen Mitbürgern in Deutschland geschei- tert?« – Publikumsfragen an Henry Kissinger und Johannes Rau . . . . .</i>	104
--	-----

## II. MUSICA PRO PACE – 25. OKTOBER 1998

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>›Friedensseufftzer und Jubelgeschrey‹ – Kriegsklagen und Friedensfeiernmusik um 1648</i> . . . . .	111
---	-----

### III. BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTHEMA:

#### *Zusammenprall der Kulturen im Zeichen der Globalisierung?*

Cornelia Schmalz-Jacobsen, Berlin

*Einwanderung und Gemeinsinn: Von der selbstbewußten offenen Gesellschaft* . . . . . 131

Dieter Kramer, Frankfurt a.M.

*Kulturelle Vielfalt ist eine notwendige Struktur menschlicher Vergemeinschaftung* . . . . . 143

Jost Halfmann, Dresden

*Können Kulturen zusammenprallen? Die Theorie der Weltgesellschaft und der »clash of civilizations«*. . . . . 157

Bassam Tibi, Göttingen / Harvard

*Friede im Nahen Osten im Lichte einer Vergegenwärtigung des Westfälischen Friedens* . . . . . 175

Moshe Zuckermann, Tel Aviv / Berlin

*Antisemitismus, Zionismus und Assimilation* . . . . . 187

Mohssen Massarrat, Osnabrück

*Islamischer Orient und christlicher Okzident: Gegenseitige Feindbilder und Perspektiven einer Kultur des Friedens* . . . . . 197

Michael Bommers, Osnabrück

*Multikulturalität und Transnationalismus: Über die nachlassende Integrationskraft des nationalen Wohlfahrtsstaates* . . . . . 213

### IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 231

Abbildungsnachweis . . . . . 236



Henry Kissinger

## Kritischer Dialog oder Konfrontation mit islamistischen Staaten und Bewegungen?

Statements und Diskussion in der Stadthalle Osnabrück  
am 7. November 1998

<i>Dr. h.c. Henry Kissinger</i>	Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika a.D.
<i>Dr. h.c. Johannes Rau</i>	Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen a.D.
<i>Sabine Christiansen</i>	ARD-Fernsehjournalistin (Moderation)

*Sabine Christiansen:* Kritischer Dialog oder Konfrontation? Die Antwort darauf fällt friedliebenden Menschen und Völkern erst einmal leicht: Natürlich, man sucht zunächst das Gespräch und betrachtet die Konfrontation als letztes Mittel. Doch wird den Menschen nicht immer ein zutreffendes Bild vom vermeintlichen Gegner vermittelt, und so kann es viel schneller als gewollt zur Konfrontation kommen. Immer wieder, das müssen wir aus leidvoller und langjähriger Erfahrung sagen, zeichnen auch die Medien entweder nicht das vernünftigerweise erforderliche, umfassende Bild oder nicht den richtigen Ausschnitt daraus. Vielleicht sind die Medien nicht hinreichend oft dort präsent, wo ein Dialog geführt wird, sondern häufiger dort, wo die Zeichen auf Konfrontation stehen. Das ist nun einmal die Ausgangssituation bei der Medienberichterstattung, wir können uns nur bemühen, an der einen oder anderen Stelle etwas besseres daraus zu machen.

Wir in Deutschland und in der westlichen Welt wähen uns inzwischen außerordentlich gut über alles Geschehen informiert. Das trifft aber vielleicht gar nicht zu: Ein kritisches Wort besagt: *The world is over-newsed but under-informed*, d.h. immer mehr Nachrichten strömen auf uns ein, immer weniger aber können wir davon aufnehmen und für uns fruchtbar machen. Auch darum sind Gespräche wie dieses so wichtig, um das punktuell und kurzfristig Gehörte zu ergänzen.

Gesprächsbereitschaft ist die Grundlage für jede Art von Frieden. Ich erinnere an den Appell eines früheren Generalsekretärs des Islamischen Weltkongresses: Er forderte die Religionsführer der Welt auf, gemeinsam dazu beizutragen, daß das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert des Friedens werde. Die jüngste Begegnung zwischen *Arafat*, *Clinton* und *Netanyahu* in den USA ließ zunächst vieles hoffen, dann stagnierte der Prozeß, endlich kam ein Abkom-

men zustande, und nun hören wir von einem neuen Anschlag in Israel. Wir wollen hoffen, daß solche Anschläge den Fortgang des Friedensprozesses nicht unmöglich machen werden – auch dazu möchte ich beide Gesprächspartner um ihre Einschätzung bitten.

Nicht zuletzt tragen Veranstaltungen wie diese *Osnabrücker Friedensgespräche* zu einer Verständigung bei. Ich hoffe, daß die Botschaften, die von hier ausgehen, nicht nur in Deutschland, in Europa, sondern auch in der übrigen und insbesondere auch in der islamischen Welt gehört werden, zumal mit Henry Kissinger und Johannes Rau zwei Politiker zu Wort kommen, die sich über Jahrzehnte für Frieden und Völkerverständigung eingesetzt haben: Henry Kissinger auf der Weltbühne, und Johannes Rau – auch er möglicherweise in naher Zukunft von dort aus –, zuvor aber in Nordrhein-Westfalen als langjähriger Ministerpräsident immer in jeder Richtung um Verständigung bemüht. Dieses Bundesland ist bereits traditionell auch ein ›Schmelztiegel der Nationen‹ und wird dieses sicher bleiben. Dort ist auch in den vergangenen Jahrzehnten verstärkt der Ausgleich mit islamischen Zuwanderern gesucht und gefunden worden.

*Johannes Rau:* Mit Helmut Schmidt, an dessen Stelle ich heute an diesem Gespräch teilnehme, stehe ich in einem häufigen, engen Gedankenaustausch; es kommt immer wieder zu Begegnungen, bei denen ich davon spreche, was mich in meiner Verantwortung in Nordrhein-Westfalen bewegt. Er berichtet dann von vielen Begegnungen mit Staatsmännern in aller Welt, vielen Reisen und neuen Eindrücken und Erkenntnissen. Durch solche Gespräche sei er in mancher Hinsicht besser informiert, als er es in seiner Amtszeit als Bundeskanzler sein konnte, denn solche Begegnungen vermittelten eine Sicht der Dinge, die über die alltäglichen Erfahrungen und Einsichten hinausgingen. Kein Gespräch mit Helmut Schmidt, in dem nicht die Frage nach dem Frieden zwischen den Weltreligionen eine entscheidende Rolle spielte. Die These von *Hans Küng*, ein Weltfriede sei überhaupt nur denkbar, wenn es vorher zum Frieden zwischen den Religionen komme, scheint mir sehr zutreffend.

Dabei spielt der Islam eine entscheidende Rolle. Wir neigen dazu, beim Stichwort ›Islam‹ sofort das Stichwort ›Fundamentalismus‹ hinzuzufügen. Das halte ich für falsch. Weder gibt es den Islam nur in der Form des Fundamentalismus, noch wären die übrigen Weltreligionen ohne Fundamentalisten. Was beispielsweise christlichen Fundamentalismus angeht, so wäre z.B. der Blick auf bestimmte Entwicklungen in den Vereinigten Staaten aufschlußreich, und wer nach Jerusalem kommt, kann dort jüdischen Fundamentalismus und auch seine verheerenden Auswirkungen erkennen.

Wenn wir also von *dem* Islam reden, so sind tatsächlich sehr unterschiedliche Gesellschaften angesprochen, in deren Bandbreite nicht nur große religiöse, weltanschauliche, große kulturelle Differenzen zutage treten, sondern auch soziale, wirtschaftliche und politische Besonderheiten. Ich rate dazu,

sich einen geschärften Blick für diese unterschiedlichen Entwicklungen anzueignen und dazu, den Dialog mit diesen sehr unterschiedlichen, immer zwar islamischen, aber nicht immer islamistischen Staaten mit den dementsprechenden politischen Argumenten zu führen.

Diesen Dialog dürfen wir nicht allein für eine Sache der Außenpolitik halten. In Europa leben 20 Millionen Muslime; inzwischen sind die Anhänger dieser Weltanschauung, dieses Glaubens, zur zweitgrößten religiösen Gemeinschaft in Europa geworden. Daraus ergeben sich für nicht wenige von uns ernste Fragen und insbesondere die Sorge, ob unsere Welt »entchristlicht« werde. Nach meinem Eindruck wird diese Befürchtung überwiegend von Nichtchristen erhoben, von denen also, die selbst längst säkular orientiert sind und für die das Christentum keine Glaubensüberzeugung mehr ist, sondern eine Art kulturelles Heimatbild.

Die Kette möglicher Schlußfolgerungen in Gedanken und Taten kann dann von der Fremdheit über die Angst zum Haß und zur Gewalt führen, wie in Solingen geschehen oder in Mölln. Sie kann aber auch von der Fremdheit über die Neugier zur akzeptierten Vielfalt und praktizierten Toleranz führen. Die Frage ist eben, ob wir diese Vielfalt wollen, ob wir sie aushalten wollen. Das ist in erster Linie eine innenpolitische Frage, die bedauerlicherweise in Wahlkampfzeiten anders als zwischen den Wahlen beantwortet wird, weil im Hinblick auf Wählerstimmen immer wieder versucht wird, die wachsende Multikulturalität, abfällig »Multikulti« geschimpft, zu einer Waffe in der innenpolitischen Auseinandersetzung zu machen – eine schlimme Fehlentwicklung der letzten zehn, zwanzig Jahre!

Zurück zu den islamischen oder islamistischen Staaten: Wir müssen zuerst wissen, daß unsere geistigen Traditionen, vor deren Hintergrund wir dem Islamismus und dem Fundamentalismus begegnen, weniger weit zurückreichen als die Entwicklung der islamischen Religion. Was wir an Werten aus Aufklärung und Französische Revolution, auch an kodifizierten Menschenrechten haben und gelegentlich als »außenpolitisches Florett« benutzen, steht gegen vielfach ältere, entwickeltere und hochdifferenzierte Kulturen.

Deshalb rate ich zur Begegnung ohne Herablassung, zum Dialog – genauer gesagt: zum »Trialog« –, denn ich glaube, daß Juden und arabische, islamische und christliche Traditionen in einen gemeinsamen Gesprächskreis gehören. Alle drei Religionen leiten sich von der Gestalt Abrahams her, und bis zu den alttestamentlichen Propheten gibt es den gleichen Traditionsbestand. Wir Deutschen vergessen oft, daß in manchen geschichtlichen Zeiträumen das Arabische hier keineswegs fremd war. Am Hof des deutschen Königs Friedrich II. wurde mehr Arabisch als Deutsch gesprochen! Den wenigsten von uns ist geläufig, was wir der arabischen Kultur verdanken.

Zu wenig gesehen wird auch der Zusammenhang zwischen weltanschaulich geführten Kriegen und gleichzeitig bestehenden sozialen Problemen. Ob wir uns die Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien oder die jahr-

hundertealten Religionskriege in Irland ansehen oder ob wir beobachten, was in der islamischen Welt vor sich geht: Wir werden feststellen, daß das Religiöse oft einen Schutzschild, eine Verhüllung für soziale Konflikte ausmacht.

Leicht wäre zu beweisen, daß der Friedensprozeß zwischen Israel und den Palästinensern weiter vorangeschritten wäre, nicht nur, wenn Netanyahu ein anderer wäre, als er ist, sondern auch, wenn die Palästinenser in ihren sozialen Lebensbedingungen Früchte des Friedensprozesses erkennen könnten. Die auf der palästinensischen Seite zum Ausdruck kommende, auch zum Terror führende Resignation, kommt nicht allein aus dem Haß gegen Israel, sondern ist Folge nicht gehaltener Versprechungen der anderen, der westlichen, israelischen Seite.

*Sabine Christiansen:* Wir wissen also zu wenig über die andere Kultur, über die andere Religion. Mithin müßte der Dialog zwischen dem Islam und dem Westen helfen, mehr Verständnis für diese eine, oft befremdende Welt zu wecken. Einer aktuellen Umfrage zufolge stehen inzwischen 75 Prozent unserer Bevölkerung dem Islam skeptisch gegenüber. Worin begründet sich das? Viele Menschen empfinden ›die islamische Welt‹ als bedrohlich; auch das hat diese Untersuchung ergeben. Nach Auskunft des »Zentralinstituts Islam-Archiv in Deutschland« gibt es in den islamisch geprägten Staaten keine anti-westlichen Volksbewegungen, sondern allenfalls entsprechende Einzelgruppierungen, die allerdings eine entsprechende ›Meinungsbildung‹ betreiben. Die überwiegende Mehrheit der Muslime sorgt sich vielmehr um die Bewältigung der Alltagsprobleme. Die sozialen Bedingungen in vielen Ländern sind allerdings oft so schlecht, daß mancherorts ein Nährboden für den Fundamentalismus entstanden ist. Über der Weltpolitik darf eben nicht der einzelne Mensch und vor allem nicht die Zukunft der Kinder vergessen werden.

*Henry Kissinger:* Ich will versuchen, auf deutsch zu Ihnen sprechen: Deutsch ist meine Muttersprache. Als ich Deutschland verließ, war allerdings mein Deutsch zum Thema *Fußball* viel besser entwickelt, als zum Thema unserer heutigen Diskussion. Mein Freund Helmut Schmidt hätte zu Ihnen einleitend über den Dreißigjährigen Krieg und den Westfälischen Frieden gesprochen, wenn er hätte kommen können. Auch ich möchte einige Bemerkungen über den Westfälischen Frieden machen und dabei einige Beziehungen zum Verhältnis des Westens zum Islam herstellen.

Ich glaube nicht, daß der Westfälische Friede eine Vereinbarung über religiöse Toleranz war. Der Frieden markiert das Ende des Dreißigjährigen Krieges, der vier sehr unterschiedliche Phasen erlebte: Am Anfang war es ein religiöser Krieg zwischen der katholischen und der protestantischen Konfession. Die Habsburger versuchten, die Dominanz der katholischen Religion wiederherzustellen. Sie bestanden darauf, daß der Kirche der ihr genomme-



Grundbesitz im ganzen *Heiligen Römischen Reich deutscher Nation* wieder zurückgegeben werde.

Die zweite Phase ist durch den Versuch gekennzeichnet, eine einheitliche politische Struktur wie etwa in Frankreich zu schaffen. Wenn das gelungen wäre, hätten Königreiche wie etwa Bayern ein Schicksal gefunden wie z.B. Burgund in Frankreich. Diese Versuche scheiterten indessen, die Auseinandersetzung zwischen den Habsburgern und den Bourbonen um die politische Vorherrschaft in den deutschen Territorien konnte militärisch nicht entschieden werden.

Erst in der darauffolgenden, letzten Kriegsphase wurde, bedingt durch eine allgemeine Erschöpfung der militärischen Potentiale eine Übereinkunft darüber erzielt, daß ein Friedensschluß unabdingbar sei.

Am Ende des Dreißigjährigen Krieges waren 40 Prozent der deutschen Bevölkerung Opfer des Krieges geworden; Deutschland stellte nicht länger das Zentrum Europas dar. Europa aber erhielt jenes Gesicht, das es für die folgenden 200 Jahre zeigte: Einer Vielzahl von Kleinstaaten in Zentraleuropa standen an der Peripherie absolutistische Staaten wie Frankreich, England, Schweden, Spanien gegenüber, die modernisieren konnten, solange Zentraleuropa geteilt war. In dieser Zeit entstand die vielzitierte Ordnungsvorstellung von einem zu wahrenen »Gleichgewicht der Kräfte« in Europa.

Die deutsche Geschichte wurde durch die immensen Leiden des Dreißigjährigen Krieges ebenso geprägt wie durch dessen Resultat: die Existenz vieler kleiner politischer Einheiten bzw. Staaten. Die Geschichte Deutschlands der letzten 300, 400 Jahre zeigt, daß es in dieser Periode *zu schwach* war, um einen gesamteuropäischen Frieden zu gewährleisten, zumal die angrenzenden Staaten das Interesse verfolgten, Deutschland geteilt zu halten, und in diesem Sinne Einfluß nahmen. Während der darauffolgenden Periode nach der nationalstaatlichen Einigung war Deutschland offenbar *zu stark*, um den Frieden in Europa zu wahren. Heute können wir dagegen von einem Gleichgewicht Deutschlands zu seinen Nachbarn sprechen.

Auf das Verhältnis Europas zum Islam – dessen Kulturbereich gegenwärtig politisch und strukturell so aussieht wie Deutschland oder Zentraleuropa nach dem Dreißigjährigen Krieg – übertragen, läßt sich vielleicht die tiefempfundene Demütigung ermessen, die von der zweitrangigen, jedenfalls untergeordneten Position ausgeht, in der eine Religion sich nun befindet, die einst – lange bevor der Westen sich voll entwickelt hatte – eine große Kultur und ein großes Weltreich hervorbrachte. Hierin liegt eines der zentralen Probleme des Islam mit dem Westen, und ich sehe den Fundamentalismus als eine Reaktion auf die psychologische Demütigung durch den Westen.

Unter den bestehenden Problemen zwischen der islamischen Welt und dem Westen erscheint mir der israelisch-palästinensische Konflikt noch am ehesten lösbar. Nicht weil die Beteiligten besonders inspiriert agierten, sondern weil beide Seiten etwa den gleichen Punkt erreicht haben, wie am Ende des Drei-

ßigjährigen Krieges die europäischen Mächte: Es gibt keine wirkliche Alternative zum Frieden.

Der Eindruck, die Teilnehmer an der Friedenskonferenz von Wye im Sommer 1998 hätten zynisch und nicht seriös verhandelt, ist möglicherweise nicht unbegründet, aber ihre Wähler, ihre Gefolgschaft, ein großer Teil ihrer Anhänger, nehmen die Friedensbemühungen sehr ernst. Daher haben weder Netanyahu noch Arafat eine Alternative zu dem einmal eingeschlagenen Weg, zumal die beiderseitige Erschöpfung einen Grad erreicht hat, an dem ein gewisser Ausgleich stattfinden muß – wenn auch nicht auf grandiose Weise.

Schwieriger stellt sich das Verhältnis zwischen dem Islam und der westlichen Welt dar. Die Verhältnisse in der islamischen Welt sind schwer auf einen Nenner zu bringen: Es gibt dort fundamentalistische Staaten wie Saudi-Arabien, die feudal organisiert sind, deren Fundamentalismus aber keine Herausforderung an den Westen bedeutet.

Weiter gibt es säkulare Staaten wie den Irak, die eine Herausforderung an den Westen darstellen, ohne dabei Fundamentalisten zu sein. Schließlich finden wir säkulare Staaten wie die Türkei, die nach eigenem Verständnis nicht auf dem Islam beruhen, und dann gibt es eine Art von Fundamentalismus – so wie ihn der Iran repräsentiert –, der sowohl philosophisch wie geostrategisch eine Herausforderung an den Westen darstellt. Wir müssen wissen, daß diese Art von Fundamentalismus auch für Länder wie Indien, wo 100 Millionen Moslems leben, ein großes Problem darstellt. Außerdem gibt es den islamischen Fundamentalismus Indonesiens und Malaysias, der bislang keinen Anspruch auf einen weltweiten Einfluß stellte, aber unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise in diesen Ländern radikaler werden kann.

Für uns im Westen stellt sich zunächst die Frage: Wie verhalten wir uns gegenüber dem Fundamentalismus des Iran? Der Fundamentalismus der Art, wie ihn der Iran repräsentiert, ist in erster Linie ein Aufbäumen gegen den Materialismus des Westens und gegen die Demütigung, die darin besteht, daß der Islam eine Art ›Spielzeug der Weltpolitik‹ geworden ist, ohne diese selbst entscheidend beeinflussen zu können, es sei denn durch außerordentliche, zumal terroristische Aktionen.

Mit dieser Konstellation im Weg eines gegenseitigen Dialogs umzugehen, ist schwierig, denn es gibt keine Differenzen, die auf diesem Wege beizulegen wären. Vielmehr besteht ein grundlegender, philosophischer Unterschied zwischen zwei Weltanschauungen. Dennoch scheint ein Dialog möglich, denn es gibt ja Anzeichen dafür, daß der dortige Versuch, den Fundamentalismus als politisches Ordnungsprinzip des Islam zu etablieren, nicht mit den Realitäten einer technisch eng miteinander verbundenen Welt zu vereinbaren ist, in der die *communications* blitzschnell um den Globus gehen. Ich habe den Eindruck, daß ein Teil der iranischen Führungsschicht bemüht ist, eine Art Dialog mit dem Westen zu begründen.

Wie verhalten wir uns dazu? Viele meinen, daß wir am besten immer unsere guten Absichten betonen müßten. Ich glaube nicht, daß der Dialog auf diese Weise gelingen wird, und ebensowenig, daß sehr viele einseitige Konzessionen helfen. Das könnte auf konservativer islamischer Seite zu dem Schluß führen, nur lange genug auf eigenen Positionen beharren zu müssen, um vom Westen alles freiwillig zu bekommen; ohne selbst etwas preisgeben zu müssen.

Wir müssen unsere Bereitschaft zum Dialog glaubhaft machen und festlegen, worüber wir sprechen wollen, was wir bereit sind, uns von fundamentalistischer Seite anzuhören, und worauf wir eingehen können.

Wichtig ist, weder in einen Sentimentalismus zu verfallen, noch in einer Konfrontationssucht zu verharren. Wir im Westen müssen zunächst definieren, was wir wollen.

Ich hielte nichts davon, wenn ein Teil des Westens beweisen wollte, daß er vernünftiger ist als der andere Teil. Zwischen Amerika und Europa sollte es möglich sein, eine Zielvorstellung und eine Handlungsweise zu vereinbaren. Gut wäre es, wenn erste Gespräche von westlicher Seite nicht von Regierungsmitgliedern, sondern von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geführt würden, die im Iran und in anderen fundamentalistischen Ländern anerkannt sind und Einfluß haben. Ihnen würde man eher zuhören, und sie könnten freier sprechen, als Verhandlungspartner mit offiziellen Instruktionen ihrer Regierungen.

*Sabine Christiansen:* Henry Kissinger, Sie sagten, es sei nicht das schwierigste Problem, den Nahostkonflikt zu lösen – obgleich sich die Lage infolge des jüngsten Anschlags verschärft hat. Sehen Sie das ebenso, Johannes Rau?

*Johannes Rau:* Das Wort »unumkehrbar« ist im Zusammenhang mit dem Friedensprozeß zwischen den Palästinensern und den Israelis inzwischen zum allseits akzeptierten Adjektiv geworden. Es gibt keine Alternative zum Frieden dort, nicht zuletzt wegen des Mangels an Wasser in der Region.

Das wissen alle, aber auf israelischer Seite blockieren sich die an der Regierungskoalition beteiligten Parteien, und auf palästinensischer Seite überwiegt nach wie vor die Enttäuschung darüber, daß der Friedensprozeß, wie von Rabin und Perez mit Arafat verabredet, noch keine sichtbaren Erfolge erbracht hat, sondern im Gegenteil die soziale Lage der Palästinenser sich weiter verschlechtert hat. Deshalb stockt der Friedensprozeß. Aber das Problem ist zu bewältigen, und es gibt keine andere als eine friedliche Lösung. Das wissen – anders als früher – inzwischen beide Seiten; seit dem Friedensschluß zwischen Israel und Ägypten gibt es keinen anderen Weg mehr.

*Sabine Christiansen:* Henry Kissinger, Sie sagen, der Westen müsse zunächst seine eigenen Ziele in bezug auf den Islam definieren und über den Weg ihrer

Durchsetzung Einigkeit herstellen, erst dann könne der konstruktive Dialog mit der anderen Seite beginnen. Was bedeutet das aktuell für den Nahostkonflikt? Hätte der Westen z.B. Bereitschaft zeigen sollen, den Friedensprozeß auch finanziell zu unterstützen und politisch zu begleiten, um die Ausbrüche terroristischer Gewalt zu verhindern?

*Henry Kissinger:* In Europa ist die Ansicht verbreitet, daß es den Friedensprozeß befördert, wenn Druck auf Israel ausgeübt wird oder man den Arabern zu beweisen versucht, daß Europa ihnen freundlicher gegenübersteht als die USA. Es wäre aber hilfreich, wenn Amerika und Europa in etwa gleiche Ansichten vertreten würden. Es kann nur Verwirrung stiften, wenn Europa und Amerika – ich spreche jetzt von dem palästinensischen Friedensprozeß – verschiedene Positionen einnehmen. Den Israelis muß genügend psychologische Sicherheit gegeben werden, wenn sie in einen Prozeß eintreten, der von ihnen die konkreten, praktischen Konzessionen verlangt, und sie im Gegenzug nur Versicherungen des guten Willens erhalten, die schneller rückgängig zu machen sind als territoriale Konzessionen.

Im Friedensprozeß zwischen Israel und den Palästinensern ist Amerika das entscheidende Land. Sicher ist es wichtig, die Ansichten Europas zur Kenntnis zu nehmen, aber ich glaube nicht, daß Europa einen wirkungsvollen Einfluß auf diese Verhandlungen ausüben kann. Ich sehe mit großem Interesse, daß trotz zweier Bombenanschläge in einer Woche der Friedensprozeß weitergeht.

Zwar verzögert sich jetzt die Realisierung der vereinbarten Schritte, aber Arafat wie Netanyahu bekennen sich weiter zum Friedensprozeß. Sie verlangen lediglich, daß die jeweils andere Seite die Verabredungen auch umsetzt – das ist ein Zeichen für den Fortbestand des Friedensprozesses!

Als Netanyahu die Regierung übernahm, war es mehr als zweifelhaft, ob er den Friedensprozeß fortsetzen würde. Jetzt ist er wie Rabin und Perez an dieser Entwicklung beteiligt. Die Konditionen sind verändert, aber das Prinzip, das er verfolgt, ist ungefähr dasselbe. Deshalb bin ich der Ansicht, daß es ebenso für ihn persönlich wie auch innenpolitisch für Israel kein Zurück mehr gibt. Denn jene bereits verlorenen Teile seiner Anhängerschaft, die mit ihm nicht übereinstimmten, kann er nicht zurückgewinnen, auch wenn er den Friedensprozeß aufgäbe. Ob Arafat stark genug ist, durchzuführen, was er versprochen hat, weiß ich nicht; beide haben aber nach meiner Ansicht den *Rubikon* überschritten – egal, ob sie selbst von ihrem Weg überzeugt sind. Der Friedensprozeß selbst treibt sie weiter voran.

Als ich das erste Mal den ägyptischen Staatspräsidenten *Anwar el-Sadat* traf, hielt ich sein Bekenntnis zum Frieden noch für taktisch begründet. Mir schien, er wolle nur beweisen, daß es mit ihm einen Araber gab, der nicht mit Pistolen vor der UN erschien, wie das zehn Jahre früher Arafat getan hatte, und der bedenkenlos auf den amerikanischen Fernsehschirmen erscheinen

konnte und so Israel psychologisch entwaffnete. Ich bin sicher, daß der voranschreitende Friedensprozeß schließlich ein Lebensziel für Sadat wurde.

Etwa eine Woche vor dem tödlichen Attentat flogen wir zusammen von Washington nach New York, nachdem er gerade innerhalb von sechs Jahren den vierten US-Präsidenten getroffen hatte. Er lud mich nach Ägypten ein und sagte: »Im nächsten März werden wir den Sinai zurückbekommen. Sie haben diesen Prozeß eingeleitet, und ich würde mich freuen, wenn Sie nach Kairo kommen würden.« Einen Augenblick später aber besann er sich und meinte: »Es wird den Israelis sehr weh tun, dieses Land aufzugeben, und Sie sollten besser nicht dabei sein, wenn das geschieht. Aber sechs Wochen danach fahren Sie und ich durch den Sinai und besuchen den *Mount Sinai*, wo ich eine Moschee, eine Kirche und Synagoge bauen will. Das wäre ein besseres Bekenntnis zum Frieden.«

Und *Yitzhak Rabin* war einer meiner engsten politischen und auch persönlichen Freunde. Als zu Beginn des Friedensprozesses die Palästinenser ihre *Intifada* begannen, konnte man ihn öffentlich und auch privat sagen hören: »*I will break every bone in their bodies.*« Aber auch er kam zu der Überzeugung, daß dies keine Lösung sei. Kurz vor seiner Ermordung wollte bei einem Besuch in New York ein Minister ihn von der Notwendigkeit weiterer Schritte zum Frieden überzeugen und meinte zu ihm: »*I am preaching to the converted.*« Worauf Rabin antwortete: »*No, not to the converted, but to the committed.*« – Das bedeutete, er hätte lieber gesiegt, hat aber erkannt – wie seinerzeit die Beteiligten am Westfälischen Friedensschluß –, daß es das Beste war, wirklich den Frieden herbeizuführen. Auch Netanyahu werden die Realitäten zu dieser Einsicht führen, sollte er sie noch nicht gehabt haben – einen anderen Weg gibt es nicht.

*Sabine Christiansen*: Anlässlich der Verleihung des *Leo-Baeck-Preises* im Jahr 1996 – noch unter dem Eindruck der Ermordung von Rabin – sprachen Sie, Johannes Rau, sehr eindringlich über die notwendige Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern.

Sind Sie weiterhin der Ansicht, daß dieses Nahostproblem im Brennpunkt des Verhältnisses zwischen dem Westen und der islamischen Welt steht und gelöst werden muß, wenn es darüber hinaus zwischen diesen beiden Seiten zu einer Verständigung kommen soll?

*Johannes Rau*: Davon bin ich überzeugt. Die dafür nötigen Bewußtseinsveränderungen werden aber nicht nur bei den arabischen und bei den israelischen Politikern stattfinden, sondern hoffentlich auch auf unserer Seite. Ich werde es nicht vergessen, als ich vor Jahren in einer Zeitung eine gemeinsame Aufnahme von Arafat, *Bruno Kreisky* und *Willy Brandt* entdeckte: Ich bin zu Willy Brandt gefahren und habe gesagt: »Wenn ich so etwas noch einmal

sehe, trete ich aus!« Als ich dann später Arafat zum ersten Mal besuchte, habe ich das Bild mitgenommen, um ihm diese Geschichte zu erzählen.

Es gab ja eine Zeit, in der in Deutschland entweder pro-israelische Haltungen bestanden oder, wie bei den damaligen Jusos, pro-palästinensische und anti-israelische Einstellungen. Inzwischen haben sich die politischen Koordinatensysteme verändert, und wir erkennen heute stärker den Zusammenhang zwischen den Konflikten in der Region, am deutlichsten im Golfkrieg. Das einzige am Golfkrieg nicht beteiligte, aber von ihm betroffene Land der Region war Israel. Wir haben damals das Land besucht, und ich werde nicht vergessen, wie ich, mit einer Gasmaske ausgestattet, gemeinsam mit Rabin und Perez auf dem Bildschirm *Scud*-Raketen in Israel einschlagen sah – für mich eine Erfahrung von großer emotionaler Bedeutsamkeit.

Wir müssen in der Tat auf westlicher Seite eine gemeinsame Sprache sprechen – das allerdings gegenüber jedermann. Wir dürfen dann nicht einen fundamentalistischen Staat wie den Iran mit Menschenrechtsforderungen konfrontieren, die wir aber hintanstellen, sobald wir mit den Saudis reden. Es ist unserer Glaubwürdigkeit nicht dienlich, wenn der Eindruck entsteht, westliche Politiker reden lediglich entsprechend politischer Konjunkturen von den Menschenrechten. Es wäre gefährlich, den Eindruck zu vermitteln, daß wir unsere hohen moralischen Postulate nur dann – gewissermaßen aus der Reserve – vorbringen, wenn unsere wirtschaftlichen Interessen das nahelegen. Umgekehrt dürfen wir diese Menschenrechtsdiskussion nicht von oben herab führen, so als wären wir diejenigen, die alle Weisheit auf ihrer Seite hätten, so als sei unsere große christliche, humanistische, aufklärerische Tradition alles, und als sei islamische Geschichte nichts, und als sei jüdische Geschichte nichts.

*Sabine Christiansen:* ›Kritischer Dialog oder Konfrontation mit islamistischen Staaten und Bewegungen‹ – das unterstellt ein gegen den Westen gerichtetes Gewaltpotential auf seiten der islamischen Staaten. Laufen wir mit solchen Formulierungen nicht Gefahr, nach dem Ende des Kalten Krieges und des Kommunismus den Islam als Ersatz-›Angstgegner‹ aufzubauen?

*Henry Kissinger:* Man kann vom Islam nicht als einheitlicher Bewegung sprechen. Wir müssen unterscheiden, mit welchen Staaten wir schon jetzt kooperieren, und denen, mit denen wir dies künftig versuchen könnten. Bestandteil eines Dialogs mit dem Iran z.B. müßte es sein, deutlich zu machen, was wir in dessen Politik nicht tolerieren können, andererseits aber die Fragen anzusprechen, bei denen wir zur Zusammenarbeit bereit sind. Wir werden uns nicht in die inneren Angelegenheiten des islamistisch regierten Landes einmischen, müssen aber darauf bestehen, daß ein von diesem Land und seiner Orientierung ausgehender internationaler Terrorismus unterbunden wird.

Wir können nicht die ganze Welt an jenen pluralistischen Prinzipien messen, deren Entfaltung und Durchsetzung im Westen über 400 Jahre gedauert haben. Wir können nicht verlangen, daß diese Prinzipien überall auf der Welt in fünf Jahren eingeführt sind. Wird das übereilt betrieben, kann es zu einem Zusammenbruch wie z.B. in Rußland kommen. Wir werden unseren Prinzipien treu bleiben, müssen aber lernen zu trennen zwischen dem, worauf wir innerhalb anderer Länder positiv Einfluß nehmen können, und dem, was getan werden muß, um Bedrohungen, die von manchen Ländern ausgehen, abzuwenden. Das sind zwei unterschiedliche politische Handlungsbereiche, die sich im Verlauf eines überschaubaren historischen Zeitraums überlagern und ineinander übergehen können, nicht jedoch auf kürzere Sicht.

*Johannes Rau:* Entscheidend für einen Dialog ist vor allem auch die Fähigkeit zum Gespräch auf seiten wichtiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eines Landes. D.h. nicht nur die Regierungen müssen miteinander kommunizieren, sondern Menschen des öffentlichen Lebens, aus den Kirchen, aus allen gesellschaftlich einflußreichen Gruppierungen müssen das interkulturelle Gespräch suchen, nicht unbedingt zuerst die Regierungen.

Gerade im Falle des Iran ist das zu berücksichtigen, denn vom Einfluß des dort mit 70 Prozent Zustimmung gewählten Reform-Präsidenten *Chatami* ist möglicherweise die überkommene Nomenklatura noch weitgehend abgeschirmt. Das zeigte die Diskussion um *Salman Rushdie* mit den dabei vorgebrachten unterschiedlichen Aussagen über die Aufhebung des Urteils.

Wenn es gelänge, Gespräche unabhängig von der offiziellen diplomatischen Ebene in Gang zu bringen, so könnte das auch innere Wirkungen im Iran entfalten, stärker als von Regierung zu Regierung ausgehandelte Kompromisse z.B. über einen verstärkten wirtschaftlichen Austausch.

Schwieriger ist die Situation im Irak. Unsere Politik gegenüber diesem Land ist durchaus rational und vor dem Hintergrund des Golfkriegs nachvollziehbar. Wer aber die Bilder der Hungernden im Irak sieht, dem muß die Politik, die wir mit Sanktionen betreiben, immer fragwürdiger erscheinen, denn diese Politik der Wirtschaftssanktionen trifft nicht *Saddam Hussein*, sondern die Kinder und Frauen und alten Menschen, die im Irak inzwischen zu 90 Prozent unterhalb der Armutsgrenze leben. Mir scheint es nötig, zu dieser Politik Alternativen zu entwickeln.

*Henry Kissinger:* Wobei erwähnt werden muß, daß *Saddam Hussein* nicht jene Mengen an Erdöl verkauft hat, deren Erlös dem Irak den notwendigen Import von Lebensmitteln ermöglichen sollte. Er führt den Mangel selbst herbei, um die Sanktionen loszuwerden.

*Sabine Christiansen:* Ist es richtig, daß unsere westliche Politik für neue Armutspänomene in der islamischen Welt mitverantwortlich ist? Und daß daraus wiederum ein idealer Nährboden für Fundamentalismus erwächst?

*Johannes Rau:* Wir müssen der Politik, die wir gegenüber den islamischen Staaten betreiben, auch zuversichtliche Akzente geben. Wir brauchen einen neuen Politikstil, vielleicht auch einen bereits früher erprobten, als damals Henry Kissinger seine Reisediplomatie im Nahen Osten entfaltete. Man erinnere sich: Als seinerzeit der saudische König den amerikanischen Außenminister empfing, war das ein unglaubliches Ereignis. Was ist seitdem alles bewegt worden? Verglichen mit der Situation nach dem Sechstagekrieg im Jahr 1967 hat der Nahe Osten – bei allem Verhängnisvollen, was jetzt diesen Friedensprozeß beeinträchtigt – eine Entwicklung genommen, die aus damaliger Sicht undenkbar gewesen wäre.

Wir brauchen auch im Gespräch zwischen den Weltreligionen mehr Unbefangenheit. Dazu hat es immer wieder Ansätze gegeben: vom päpstlichen Friedensgebet in Assisi bis zum Projekt ›Weltethos‹, das der Theologe Hans Küng begründete. Auch islamische Theologen haben jetzt zum Gespräch zwischen den Religionen aufgefordert. Wir müssen dabei deutlich machen, daß nicht alle, die in einer westlichen Sprache sprechen, zugleich immer christliche Argumente vortragen. Auch das ist zu bedenken, denn eine Identität von Geographie und Theologie besteht nicht.

*Sabine Christiansen:* In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits islamischen Religionsunterricht an Schulen, Berlin hat soeben einen entsprechenden Beschluß gefaßt, auch in Niedersachsen wird er eingeführt. Ist damit eine positive Entwicklung verbunden oder müssen wir auch dabei Schlimmes befürchten? Was kommt mit den Koranschulen auf uns zu?

*Johannes Rau:* Die Koranschulen werden unbedenklicher, wenn wir islamischen Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen haben. Derzeit ziehen noch bestimmte fundamentalistische Gruppen die muslimischen Kinder aus der Schule ab und holen sie in die Koranschule. Die staatliche Schulaufsicht kann nicht wirksam werden, niemand kann darüber urteilen, wie weit dort die Indoktrination geht. Deshalb brauchen wir einen islamischen Religionsunterricht, müssen ihn aber so gestalten, daß er vor unserem Grundgesetz Bestand hat, d.h. er muß auch von der staatliche Schulaufsicht verantwortbar sein.

Eines muß klar sein: Deutschland darf kein Ersatzkriegsschauplatz für weltanschauliche Auseinandersetzungen und für Bürgerkriege werden, die im Heimatland nicht geführt werden können.

Indem wir dieses postulieren, müssen wir aber die betreffenden Staaten auffordern, zu Hause die Verhältnisse zu ändern: Die Türken müssen ihre



Kurdenpolitik ändern, wenn hier nicht Bürgerkrieg zwischen Türken und Kurden sein soll. Darauf hinzuweisen ist nicht immer bequem, aber man kann terroristische Vereinigungen wie die PKK nicht aus lauter Menschenliebe zulassen bzw. dulden.

*Sabine Christiansen:* Henry Kissinger, was halten Sie für die derzeit größten Fehler der USA im Umgang mit dem Islam?

*Henry Kissinger:* Es war ein Fehler, den Krieg mit dem Irak zu dem Zeitpunkt zu beenden, an dem wir ihn beendeten. Ein zweites Problem ist, in der Golfregion gleichzeitig gegen den Irak *und* den Iran Positionen aufzubauen, und das nur mit der Unterstützung der kleinen Staaten am Golf und Saudi-Arabiens. Das ist nicht durchzuhalten – man muß mit dem einen oder dem anderen Frieden schließen.

Ich glaube allerdings nicht, daß das mit der jetzigen Regierung des Irak möglich ist. Saddam Hussein weiß genau, daß – wenn er nur neun Monate lang Ruhe gäbe – die Vereinten Nationen ihre Sanktionen abbauen würden. Aber immer dann, wenn dort über die Aufhebung der Sanktionen nachgedacht wird, fordert er die UN aufs Neue heraus. So erscheint es immer, als hätte er uns bezwungen. Das demoralisiert die anderen Staaten am Golf völlig. Ich glaube nicht, daß Saddam einen Dialog wirklich will. Er hat noch kein Jahr Frieden gehabt, in dem er nicht irgend jemanden herausforderte.

Die iranischen Fundamentalisten, jedenfalls jene, die auf Seiten des Präsidenten Chatami stehen, halte ich für zunehmend dialogfähig. Aber wir haben für einen solchen Dialog noch kein einheitliches Konzept entwickelt.

*Publikum:* Herr Kissinger, wenn es richtig ist, daß der Fundamentalismus aus Armut erwächst, akzeptieren Sie eine Mitschuld des Westen am Anwachsen des islamischen Fundamentalismus?

*Henry Kissinger:* Wie einige von Ihnen vielleicht wissen, war die jetzige amerikanische Regierung meine zweite Wahl, nicht meine erste. Ich bin also nicht hier, um alles zu verteidigen, was in Washington beschlossen wird. Aber man sollte bedenken: Es gibt eine Art westlichen Masochismus, sich mit einem endlosen Schuldgefühl zu beruhigen und alle möglichen Mißstände auf eigene Fehler zurückzuführen. Amerika hat keine Erfahrung mit Feinden an seinen Grenzen, mit Gefahren, die von mächtigen Nachbarstaaten ausgehen könnten.

Es gibt bei uns durchaus isolationistische Tendenzen: Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges wurde ich einmal in Omaha, dem Sitz des Hauptquartiers des *Strategic Air Command* – insofern eine Stadt, die in einem Krieg todsicher beschossen worden wäre und nach Washington wahrscheinlich am meisten gefährdet –, gefragt, worin denn für Omaha die Kriegsgefahr bestün-

de. Einer Bedrohung war sich die Bevölkerung dort überhaupt nicht bewußt. Jetzt wird von diesem Land erwartet, daß es überall auf der Welt die weit-sichtigste Politik macht und gleichzeitig überall Opfer bringt – das ist zuviel verlangt.

In Amerika kann man den in ethnischen Konflikten zum Ausdruck kommenden Haß überhaupt nicht nachvollziehen, denn man hat ihn nie erfahren. Das sollte man wissen, bevor man fragt, welchen Fehler Amerika hier oder dort begangen habe. Sicher haben wir auch Fehler gemacht, sind zu materialistisch, zu optimistisch, zu stark aufgetreten. Für unsere führenden politischen Persönlichkeiten ist es schon psychologisch sehr schwierig, mit Persönlichkeiten, wie sie der Mittlere Osten hervorbringt, zu sprechen. Wir sind sehr pragmatisch, sie sind eher *epic poets*. Andererseits darf man Amerika zugute halten, daß es sich jetzt 50 Jahre lang dafür eingesetzt hat, in der Welt Ordnung zu schaffen. Dabei hat es mehr Gutes als Schlechtes getan, viel mehr Gutes als Schlechtes.

*Publikum:* Herr Rau, sollten in Deutschland straffällig gewordene Islamisten in ihre Heimatländer abgeschoben werden, auch wenn dort ihr Leben gefährdet ist?

*Johannes Rau:* Das hängt von der Straftat ab. Ich meine, wer bei uns eine Straftat begeht, muß hier die Strafe tragen. Es gibt aber vor allem bei Gewaltdelikten eine Grenze. Nicht mehr die Frage der Straftat und des Strafmaßes ist hier entscheidend, sondern unter bestimmten Umständen kann das Gastrecht verwirkt sein, so daß Gerichte die Ausweisung anordnen können. Daraus eine Regel zu machen, derzufolge Straftäter ohne deutsche Staatsangehörigkeit abgeschoben werden sollten, ist aber sicher nicht dienlich.

*Publikum:* Herr Kissinger, sind das westliche Wertesystem und unser Demokratieverständnis ausreichend glaubwürdig und universell, um wirksame Impulse für die Toleranz zwischen den Kulturen zu setzen?

*Henry Kissinger:* Man vergißt zu leicht, wie die Entwicklung zur Demokratie im Westen verlaufen ist. Das allgemeine Wahlrecht, wie wir es kennen, ist erst in diesem Jahrhundert durchgesetzt worden.

Für den Westen gelten ganz spezifische geschichtliche Erfahrungen: So entwickelte z.B. die katholische Kirche ihre ganz besondere konfessionelle Organisation und ein eigenes Rechtsverständnis. Die Protestanten beharrten demgegenüber auf der Letztgültigkeit des einzelnen Gewissens. Dann kam die Aufklärung, dann das Zeitalter der Entdeckungen, dann der Kapitalismus. All dieses geschah nicht um der heutigen demokratischen Vielfalt willen, dennoch wurde auf diese Weise ein freiheitlicher Pluralismus möglich. Keine zweite Zivilisation hat dieselben Entwicklungsschritte vollzogen.

Unsere pluralistische Demokratie beruht zu guten Teilen auf der Unterschiedlichkeit der Konfessionen und Religionen. Im Islam dagegen gibt es nur eine Instanz, die das Recht definiert. Wir müssen mehr Geduld und mehr Verständnis für die Entwicklung von Gesellschaften haben, die eine völlig andere philosophische Basis haben, so wie etwa den Konfuzianismus oder den Islam.

Auch dort sollte natürlich eine Form von Demokratie sich entwickeln, aber man sollte nicht so selbstgerecht sein, nur eine Form von demokratischer Organisation für möglich zu halten. So halte ich es beispielsweise auch für anmaßend, wenn unsere Regierung alljährlich einen Bericht über die Entwicklungsfortschritte von mehr als 160 Regierungen in der Welt hin zur Demokratie veröffentlicht. Da zeigt sich eine andauernde Schwierigkeit des Verständnisses anderer Regionen.



Henry Kissinger, Johannes Rau, Hans-Jürgen Fip